

Klassiker „Fusion“ – „Und täglich grüßt das Murmeltier?“

So langsam ist zu fragen, was man als Einwohner in diesem Landkreis noch alles über sich ergehen lassen muss. Die Chronologie zur Fusion des Landkreises Helmstedt mit ... mag man schon gar nicht mehr in Gänze benennen.

Daher: Stand der Dinge war, dass die Fusionsverhandlungen mit Wolfsburg nicht erfolgreich zum Ende gebracht werden konnten, da Herr Mohrs als Verhandlungspartner für Wolfsburg Bedingungen aufstellte, die selbst die Landesregierung nicht akzeptierte.

So war in der Antwort der Landesregierung zu lesen: „Auch das Innenministerium hat daraufhin die Verfassungsrechtslage geprüft und sich im Ergebnis wiederum der diesbezüglichen Bewertung durch die Gutachter grundsätzlich angeschlossen. Die Abwandlung des Gemeindeverbandsmodells (Modell 2) durch gleichzeitige nicht nur unwesentliche Flächenvergrößerungen der Stadt Wolfsburg ist verfassungsrechtlich nicht vertretbar.“



Also ein Fusionswunsch seitens des Oberbürgermeisters Mohrs, der mit der Verfassung Niedersachsens nicht in Einklang zu bringen war ⇒ Ende der Fusionsverhandlungen.

Aus dieser „Not“ heraus wurde in Hannover die Idee geboren, dass die Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel miteinander fusionieren könnten. Hier kann man in der Tat nur von einer „Kopfgeburt“ des Landes sprechen, über die die Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Helmstedt und in Wolfenbüttel kein bisschen begeistert waren.

Und dennoch auf politischer Ebene wurde entschieden, dass man miteinander sprechen solle, und der Parteidisziplin folgend agierten auch die Hauptverwaltungsbeamten entsprechend.

Weder der Kreistag Wolfenbüttel noch der Kreistag Helmstedt beauftragten ihre Hauptverwaltungsbeamten, Fusionsverhandlungen zu führen, sie sollten lediglich Sondierungsgespräche aufnehmen. Dafür nahmen diese sogar erneut Geld (unsere Steuergelder) in die Hand, um ein weiteres Gutachten (mittlerweile das 7. Gutachten mit Blick auf eine Fusion des Landkreises Helmstedt) in Auftrag zu geben.

Und wen überrascht es, dass das Gutachten zu keinem positiven Ergebnis kam? Schon der Volksmund weiß schließlich - zwei Kranke in einem Bett ergeben noch keinen Gesunden! Und so war das Ergebnis deutlich - trotz Entschuldungshilfe würden bei diesem Zusammenschluss jährlich 5 Mio. Euro neue (!) Schulden entstehen. Dagegen war selbst politischer Wille machtlos ⇒ eine Fusion ohne Aussicht auf Erfolg – Ende der Verhandlungen.

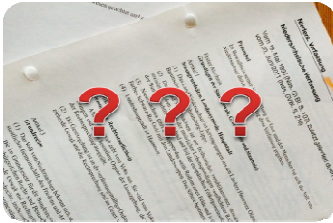
Nur nebenbei bemerkt, zwischenzeitlich haben die Volksvertretungen, die Kreistage der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel beschlossen, keine Fusionsverhandlungen miteinander aufzunehmen. Hätte man diesen Beschluss gefasst, bevor man Steuergelder in die Hand genommen hätte, wären zumindest unnötige Ausgaben vermieden worden.

Nun könnte man annehmen, dass sich der Landkreis Helmstedt nicht mehr in Fusionsverhandlungen befindet.

Aber weit gefehlt: scheinbar handelt es sich bei der Begrifflichkeit „Fusionsverhandlungen“ doch um einen unbestimmten Rechtsbegriff, zumindest für rot-grüne Politik. Denn auch ein steter Austausch von Hauptverwaltungsbeamten erfüllt aus Sicht von rot-grün bereits den Anspruch, man führe Fusionsverhandlungen. Der Grund der sehr weiten Auslegung verwundert nicht. Denn würde man eingestehen, sich eben nicht mehr in Fusionsverhandlungen zu befinden, müsste man einräumen, dass nunmehr nach Gesetzeslage ein Hauptverwaltungsbeamter, also ein Landrat zu wählen ist. Und hier gibt es keinen Spielraum nach dem Gesetz! Es sei denn, man befindet sich in Fusionsverhandlungen ...

Ob auch die Kommunalaufsicht die Auffassung von rot-grün teilt, bleibt abzuwarten; die CDU-Kreistagsfraktion hat bereits vor Wochen eine Anfrage an das Niedersächsische Innenministerium gestellt, ob man sich nach den Ereignissen überhaupt noch in Fusionsverhandlungen befinde. Die Antwort steht noch aus und wird mit Spannung erwartet.

Und ist es jetzt Zufall oder hat es gar mit der gestellten Anfrage zu tun, dass auf einmal in den Medien zu lesen ist, eine Fusion zwischen dem Landkreis Helmstedt und der Stadt Wolfsburg sei doch noch aktuell. Die Landesregierung stehe grundsätzlich Zusammenschlüssen positiv gegenüber, heißt es.



Hat sich aber etwas an der Situation geändert? Nein! Es liegt immer noch die Situation vor, die zum Aus der Verhandlungen mit Wolfsburg geführt hat!

Vergessen wir also die Verfassung? Vergessen die Belange von Braunschweig? Vergessen die regionale Balance? Vielleicht ist das Ganze auch ein vorgezogener April-Scherz? Wer weiß das schon bei dieser Regierung!!!

Ach ja, und nicht zu vergessen, dass man eigentlich im Niedersächsischen Landtag dem Vorschlag der Helmstedter CDU zustimmen wollte, eine Enquetekommission einzurichten, die im Auftrage des Landtages überparteilich die Chancen der Region in den Blick nehmen soll. Auf deren Arbeit legt man schon jetzt keinen wirklichen Wert?